



SDA-Bulletin

Zürich, 19. Juli 2019

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrats

Kantonsrat gegen Schliessung von ZVV-Schaltern in Zürich

Der Zürcher Kantonsrat kämpft gegen die Schliessung zweier ZVV-Verkaufsstellen in Zürich. Damit korrigiert der Rat die von ihm selbst verabschiedete Vertriebsstrategie des Zürcher Verkehrsverbundes. Er hat am Montag ein entsprechendes Postulat ([KR-Nr. 62/2018](#)) von SP, CVP und SVP mit 114 zu 51 Stimmen überwiesen. Dieses fordert von der Regierung, sich dafür einzusetzen, dass die geschlossenen ZVV-Verkaufsstellen Schwamendinger- und Goldbrunnenplatz wieder betrieben werden. Der Abbau sei angesichts der Grösse der betroffenen Einzugsgebiete unverständlich, hiess es.

ZVV-Nachtnetz soll zeitgemässer werden

Der Kantonsrat macht Druck beim Ausbau des Nachtnetzes im Zürcher Verkehrsverbund. Er hat am Montag ein EVP-Postulat ([KR-Nr. 180/2018](#)) mit 90 zu 79 Stimmen überwiesen, das einen zeitgemässen Nacht-ÖV fordert. Das EVP-Anliegen wurde von SP, AL, GLP und den Grünen unterstützt. Das Nachtnetz soll dem heutigen Ausgehverhalten entsprechen und den Vergleich mit anderen Metropolregionen nicht scheuen. Als konkrete Massnahmen soll auf dem Land das Einsteigeverbot in Nachtbusse fallen, um eine Erschliessung in alle Richtungen sicherzustellen. Zudem soll eine Ausdehnung des Angebotes auf die Nacht von Donnerstag auf Freitag geprüft werden.

Zudem hat der Zürcher Kantonsrat am Montag:

- die Antwort der Regierung auf eine Interpellation ([KR-Nr. 42/2018](#)) der SP zur rückläufigen Einwanderung zur Kenntnis genommen und die Interpellation abgeschrieben. Diese wollte die Auswirkungen auf den Mangel von qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften wissen.
- die Antwort der Regierung auf eine Interpellation ([KR-Nr. 126/2018](#)) der SVP zur Personenfreizügigkeit zur Kenntnis genommen und die Interpellation abgeschrieben. Diese wollte die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf das Stellenangebot für über 50-jährige einheimische Arbeitnehmer wissen.
- ein Postulat ([KR-Nr. 379/2019](#)) der AL mit 90 zu 79 Stimmen zu Autostopp-Haltestellen überwiesen. Der Regierungsrat soll die Machbarkeit solcher Haltestellen prüfen. Die Postulanten versprechen sich von den Autostopp-Haltestellen eine bessere Mobilität zu Randzeiten auf wenig befahrenen Strecken.

(sda)